



Hinweisblatt zur Datenerhebung nach Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Der Schutz Ihrer persönlichen Daten genießt einen sehr hohen Stellenwert, deshalb erfolgt die Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere mit den Regelungen der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), des Datenschutz-Grundverordnungs-Ausfüllungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (DSAG LSA) und des Sozialgesetzbuches. Daher werden Sie im Nachfolgenden über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten gemäß Artikel 13 und 14 DSGVO informiert.

Angaben zum Verantwortlichen

1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen sowie ggf. seines Vertreters			
Salzlandkreis		Telefon: +49 3471 684-0	
Herr Markus Bauer			
Landrat			
Karlsplatz 37			
06406 Bernburg (Saale)			

2. Kontaktdaten der Datenschutzbeauftragten			
Salzlandkreis	Telefon:	+49 3471 684-1157	
Behördliche Datenschutzbeauftragte			
Karlsplatz 37	E-Mail:	datenschutz@kreis-slk.de	
06406 Bernburg (Saale)			

Angaben zur Verarbeitung

1. Kontaktdaten des zuständigen Fachdienstes (FD)/der zuständigen Stabsstelle (StS)	
Salzlandkreis	
Fachdienst Ordnung und Verkehr	
Sachgebiet 32.4 Allgemeine Ordnungsangelegenheiten	
Telefon: 03471 684 - 1381	E-Mail: ordnung@kreis-slk.de

2. Zwecke der Verarbeitungen/der Verarbeitungstätigkeiten
Die Verarbeitung Ihrer Daten erfolgt im Zusammenhang mit Ihrem Antrag auf Einbürgerung. Ihre Daten werden erhoben, um den Vollzug des Staatsangehörigkeitsgesetzes (im folgenden StAG) zu ermöglichen – das heißt die Bearbeitung Ihres Antrags und die Prüfung der Voraussetzungen für die Einbürgerung und Feststellung der deutschen Staatsangehörigkeit.

3. Rechtsgrundlage der Verarbeitungen
Die Erhebung der personenbezogenen Daten erfolgt aufgrund Artikel 6 Absatz 1 lit. e), Abs. 3 DSGVO, Artikel 9 Abs. 2 DSGVO, §§ 4, 9 DSAG LSA i. V. m. §§ 8 – 12b, 31 – 33, 36, 37 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG). Übermittlung von Sozialdaten an die Einbürgerungsbehörden erfolgt auf Grundlage von § 32 StAG i. V. m. § 71 Abs. 2 Nr. 5 SGB X.
Darüber hinaus ist eine Datenverarbeitung auch zulässig, wenn die betroffene Person gemäß Artikel 6 Absatz 1 lit. a) DSGVO oder Artikel 9 Abs. 2 lit. a) DSGVO eingewilligt hat. Des Weiteren kann eine Verarbeitung u. a. für statistische Zwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke erfolgen. In diesem Zusammenhang werden Ihre Daten anonymisiert oder pseudonymisiert. Bei weiteren Fragen zu den Rechtsgrundlagen wenden Sie sich bitte an Ihren zuständigen Sachbearbeiter.

4. wenn die Verarbeitung auf Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO beruht: berechtigtes Interesse des Verantwortlichen

Die Datenverarbeitung beruht nicht auf Artikel 6 Absatz 1 lit. f) DSGVO.

5. Kategorien personenbezogener Daten die verarbeitet werden

Personenbezogene Daten sind die Daten, die Ihre Person betreffen. Im Nachfolgenden werden die Kategorien von personenbezogenen Daten, die im Sachgebiet 32.4 Allgemeine Ordnungsangelegenheiten verarbeitet werden, konkretisiert:

- Name(n)
- Geburtsdatum und -ort
- Familienstand und Verwandtschaftsverhältnisse
- Anschriften und tatsächlicher und gewöhnlicher Aufenthalt
- Aufenthaltsstatus
- Daten zum persönlichen Werdegang (schulische und berufliche Ausbildung)
- Erwerbstätigkeit und Arbeitgeber, Krankenversicherung
- Einkommens- und Vermögensverhältnisse
- Nachweise (, Sprachkenntnisse)
- Voraufenthalte im Bundesgebiet
- Passbesitz
- Vorstrafen im In- und Ausland

6. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Gemäß § 32 StAG haben öffentliche Stellen den in § 31 StAG genannten Stellen auf Ersuchen personenbezogene Daten zu übermitteln, soweit die Kenntnis dieser Daten zur Erfüllung der in § 31 StAG genannten Aufgaben erforderlich ist.

Zu diesen Stellen gehören z. B. Ausländerbehörden, Meldebehörden, Jobcenter, Bundesagentur für Arbeit, Sozialleistungsträger, Jugendämter, Finanzämter, Amts-/Vollstreckungsgerichte, Rentenversicherungsträger, Gewerbestelle, Bundeszentralregister, Polizei, Verfassungsschutz, Staatsanwaltschaft, Bundesverwaltungsamt, konsularische Vertretung des Herkunftsstaates.

Die Daten werden ausschließlich im Antragsverfahren genutzt. Eine Weitergabe ist unzulässig.

Sollten bestimmte Teile der Datenverarbeitung im Rahmen der Auftragsverarbeitung ausgelagert werden, wird der Auftragsverarbeiter vertraglich dazu verpflichtet, die Verarbeitung der personenbezogenen Daten nur im Einklang mit den datenschutzrechtlichen Vorschriften zu verwenden und den Schutz der Rechte der Betroffenen zu gewährleisten.

7. Absicht der Übermittlung in ein Drittland/internationale Organisation sowie das Vorhandensein oder Fehlen eines Angemessenheitsbeschlusses der Kommission

Eine Übermittlung in ein Drittland oder an eine internationale Organisation findet nicht statt und ist auch nicht geplant.

8. Dauer der Datenspeicherung

Ihre personenbezogenen Daten werden nach der Erhebung so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen für die Aufgabenerfüllung erforderlich ist. Nach diesem Zeitpunkt erfolgt die Löschung der Daten. Folgende Speicherdauer ist maßgeblich:

Die mit dem Antrag übermittelten Daten sind gemäß den Vorgaben der KGSt 30 Jahre durch die Einbürgerungsbehörde aufzubewahren.

9. Mögliche Folgen bei Nichtbereitstellung personenbezogener Daten, wenn die Bereitstellung gesetzlich oder vertraglich vorgeschrieben oder für einen Vertragsabschluss erforderlich ist.

Sie sind gesetzlich dazu verpflichtet, die erforderlichen Daten anzugeben. Diese Verpflichtung ergibt sich aus § 37 StAG i. V. m. § 82 AufenthG. Die Daten werden benötigt, um die unter Nr. 1 genannten Anträge bearbeiten zu können. Wenn Sie die erforderlichen Daten nicht angeben, kann Ihr Antrag nicht bearbeitet werden. Ohne Ihre Mitwirkung und die erforderlichen Angaben kann der Antrag nicht bearbeitet werden.

10. Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling (Art. 22 DSGVO)

Es findet keine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling statt.

11. Herkunft der personenbezogenen Daten (Bsp. aus öffentlich zugänglichen Quellen)

Angabe durch Sie selbst im Rahmen des Antrags. Darüber hinaus werden personenbezogene Daten bei Dritten erhoben, soweit diese gesetzlich zur Mitteilung an den Verantwortlichen verpflichtet sind und dies im Einzelfall erforderlich ist (siehe Nr. 6).

12. Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht, Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Artikel 15 DSGVO).
- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Artikel 16 DSGVO).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Artikel 17, 18 und 21 DSGVO).
- Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Artikel 20 DSGVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

13. Widerrufsrecht bei Einwilligungen

Wenn Sie in die Verarbeitung durch Ihre zuständige Wohngeldbehörde durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

14. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde (Artikel 77 Abs. 1 DSGVO), wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden. Wenn Sie sich an die Landesbeauftragte für den Datenschutz wenden möchten, können Sie sie wie folgt kontaktieren:

für das Bundesland Sachsen-Anhalt:

Landesbeauftragte für den Datenschutz Sachsen-Anhalt
Otto-von-Guericke-Straße 34a
39104 Magdeburg
Telefon: +49 391 81803-0
Telefax: +49 391 81803-33
E-Mail: poststelle@ldf.sachsen-anhalt.de

Weitere Informationen können Sie dem offiziellen Internetauftritt der Landesbeauftragten unter <https://datenschutz.sachsen-anhalt.de/datenschutz-in-sachsen-anhalt/> entnehmen.